

**Bezugspreise:**  
Für Halle monatlich bei zweimaliger  
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, durch die Post monatlich  
8,25 Mark, via telegraph. 24,75 Mark u. s.  
einfach. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
Falle von Zeitungsänderungen unter-  
scheidlich. Einzel-Zustellung eingetrogen. Für  
unregelmäßig eingegangene Men-  
schen sind keine Gewähr über-  
nommen. Adressen nur mit der  
Halle-Anzeige. Halle-Verlagsgesellschaft  
Verlag. Ferner der Schriftleitung Dr.  
1140, der 1. Zeilen-Abt. Nr. 1103  
u. 1123, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

# Halle-Zeitung

58. und 59. Jahrgang.

**Anzeigepreise:**  
Die 8 Spalten 34 mm breite Millie-  
meterweite oder deren Raum 40 Pf., Reklamen  
die 22 mm breite Millimeterweite  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche  
Anzeigengeschäfte. Erklärungszeit  
5 Uhr. Erhalten täglich 2 mal,  
Samstags und Montags 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-  
nade 14. Dr. Draubaus, 17.  
Leben- u. Geschäftsstellen: Große  
Mühlstraße 52 und Markt 24.  
Postfach-Amt Leipzig Nr. 4009.

Nr. 67.

Halle, Donnerstag, den 10. Februar 1921.

Einzelpreis 20 Pf.

## Warum sind die Preußenwahlen so wichtig?

von Dr. Herz.

Der 20. Februar wird für Preußen ein Groß-Wahltag sein. Neben die Wahlen zur preussischen Landesver-  
sammlung treten Wahlen zu kommunalen Körperschaften und in  
den für Deutschland getretenen Abstimmungsgebieten die  
Wahlen zur Reichstagswahl. Trotz allem kann man sich dem  
Eindruck nicht entziehen, daß nur in diesen Abstimmungs-  
gebieten das Wahlinteresse wirklich reger ist; im übrigen  
kommt die Wahlbewegung nur zögernd in Fluß. So sieht  
man bisher nur wenig Wahlplakate, und die Versamm-  
lungen werden nicht stark besucht, es sei denn, daß ein  
Kandidat oder ein besonders berühmter Zuhörer anloht.  
Wahlmüdigkeit? Kaum. Das deutsche Volk hat allerdings  
nach den Erschütterungen eines so zivilen Krieges und  
einer Revolution kein recht gutes Gedächtnis noch nicht  
wiedergewonnen. Der Wandel der politischen Verhältnisse  
ist politischer Veränderung ausbleibt, ist zweifellos nach der  
anderen Seite zurückzuführen. Das ist aber nicht der  
Grund zur Flaute nicht. Das liegt sich zunächst darin, daß in  
Schlesien, in Ostpreußen, in Pommern, in Westpreußen  
genau wird, der Wahlkampf heiß entbrannt ist. Es folgt  
aber daraus auch, daß die Wahlbeteiligung bei den Reichs-  
tagswahlen im Juni vorigen Jahres äußerst stark war, ob-  
wohl die Stimmung eher noch verwehelter als jetzt war.  
Ist ein Volk noch nicht zur fatalistischen Gleichgültigkeit des  
„Es muß doch nicht“ herabgewürdigt — und das ist unter  
Volk gelob noch lange nicht — so wird sich eine tiefe  
geheimen Anfrucht nicht in einer Flucht vor politischer  
Tätigkeit äußern, sondern immerhin nur dahin auswirken,  
daß die jeweiligen Oppositionsparteien, die als Zukunfts-  
parteien immer Parteien einer Hoffnung sind, Zulauf  
finden.

Ursächlich ist die Wahlbeteiligung bei den Reichstags-  
wahlen, wie nur alle Wahlen zu kommunalen Körperschaften  
und zu den Reichstagswahlen, so auch zu den Reichstags-  
wahlen. Das lag früher zum Teil an Wahlplakaten, was mehr  
aber daran, daß man die Bedeutung der Preußenwahlen  
unterließ. Die Gefahr liegt heute darin, daß die, wenn  
auch augenblicklich zurückgedrängte Entwicklung zum Ein-  
heitsstaat, die die Rechte der Länder, namentlich in Bezug  
auf Verfassung und auf die Reichsversammlung, die  
Gleichberechtigung gegenüber Preußenwahlen verneht. Die  
Zurückführung, daß der Ausfall der Preußenwahlen bei der  
Nachverhandlung der Reichsversammlung ohne wesentliche  
Bedeutung sei, ist aber falsch. Auch die Länder haben starke  
Gedanken, die durch eigene Verfassung gebildet werden  
müssen. Die Konsequenz einer Aufhebung ist um so schwe-  
riger, als das Recht zur Eigenverwaltung der Länder  
genommen ist. Die Wähler haben also ein sehr erhebliches  
finanzielles Interesse an der Zusammenlegung der Landes-  
versammlung. Noch weit mehr gilt das für die wichtigsten  
Aufgaben, die von einem Saate zu lösen sind, die wichtigsten,  
weil sie über die Höhe und Beschaffenheit der Gegenwart  
herüber in die Zukunft des Volkes greifen und die Richt-  
linien der Entwicklung vorzeichnen: für kulturelle und  
Schulfragen; sie zu lösen, ist im weitestliegenden Sinne  
der Länder.

Die Länder führen aber auch die Reichsgeleise aus. In  
welchem Geiste das geschieht, hängt von der Zusammen-  
legung ihrer Parlamente ab. Um wiederum ein Beispiel  
zu geben: Das vertritt: Deutschland muß sich in der  
Richtung von Individualität zum Agrarstaat umschichten.  
Das ist nur auf dem Wege der inneren Kolonisation mög-  
lich; darüber ist man wohl im allgemeinen einig. Die schärf-  
ste Aufgabe, die gegen die sozialdemokratische Art der Aus-  
führung des Reichsgeleises-Gesetzes zum Beispiel in  
Preußen und Baunhildung werden, werden, wenn  
sich auf dem Wege, den wir politisch eingangs  
aus ein Reichsgesetz auslegt.

Der springende Punkt ist aber der: Unter den heutigen  
Verhältnissen ist die Bedeutung, der Einfluss und die Macht  
des Parlamentes um vieles höher als im früheren „Örtig-  
keitsstaat“. Man mag das parlamentarische System prei-  
sen oder verdammen, für nützlich oder verderblich halten, die  
Tatsache ist da, daß nach ihm jetzt in Deutschland und in den  
Ländern regiert wird, daß die Regierung der Vertrauens-  
und Vollmachten der Mehrheit der Volksvertretung ist.  
Somit Ausfall der Wahlen hängt es daher ab, wer die poli-  
tische Leitung in Preußen übernehmen wird, politisch: Lei-  
tung im weitesten Sinne. Nicht nur die Befehle der  
Ministerposten wird davon abhängen, wieviel Stimmen für  
die einzelnen Parteien abgegeben werden, auch die poli-  
tischen Beamten, die Oberpräsidenten usw. werden ent-  
sprechend dem Ausfall der Wahlen ernannt werden. Es  
kommt dabei auf jede einzelne Stimme an, da der Stim-  
mentz nicht nur über das Kräfteverhältnis der Parteien,  
sondern auch über die Zahl der Abgeordneten entscheidet  
und nach dem Mehrheitsprinzip jede einzelne Stimme ge-  
zählt wird und den Ausschlag geben kann. Wohin es führt,  
wenn das Wahlrecht häufig ausfällt wird, zeigt sich hand-  
greiflich an den Folgen des Ergebnisses der Wahlen zur

Berliner Stadtratswahlversammlung. Niemals wäre  
die sozialistische Mehrheit in Groß-Berlin so überwiegend  
groß geworden, wenn nicht viele Kräfte des Bürgertums  
vorgezogen hätten, bei dem schönen Wetter ins Freie zu  
gehen, statt an die Wahlurne zu treten. Diese monatlich

## Die Einladung.

Berlin, 9. Febr. Bei der deutschen Regierung ist  
eine besondere Einladung der englischen Regierung zu der  
Londoner Konferenz eingegangen. Die Einladung wird  
zusammen mit der deutschen Antwort baldig veröffentlicht  
werden.

## Die Pariser Beschlüsse.

Sachverständigenberatung. — Bildung  
eines Arbeitsausschusses.

Paris, 9. Febr. (Drahtnachricht.) Im Aus-  
wärtigen Amt hat heute unter dem Vorsitz des Reichs-  
ministers der Außenangelegenheiten eine Sitzung von Sachverständigen  
statt, um die deutsche Stellungnahme zu den Beschlüssen der  
Pariser Konferenz in der Enghilfungsfrage im einzelnen  
zu erörtern und die deutschen Gegenansprüche vorzubereiten.  
Der Reichsminister des Auswärtigen gab zunächst einen Über-  
blick über die gegenwärtige Lage, soweit sie sich auf das Enghilfungs-  
problem bezieht. Die wirtschaftspolitischen  
Wirkungen der Pariser Beschlüsse wurden hierbei besonders  
behandelt. Nach eingehender Besprechung der einzelnen  
in Frage kommenden Probleme durch die Anwesenden wurde  
ein enger Arbeitsausschuß eingesetzt, der seine Beratungen  
an nächsten Montag aufnehmen wird. Dem Arbeitsaus-  
schuß gehören Vertreter des Handels, der Industrie, der  
Finanzen, der Landwirtschaft, der Seefischerei und der  
Arbeitnehmer an.

## Neubesetzung des französischen Volkshofes?

Paris, 9. Febr. (Drahtnachricht.)  
Nach einer Meldung des Berliner Korrespondenten der  
„Politiken“ wird der bisherige französische Volkshof in  
Berlin, Laurent, der vor ein paar Tagen nach Paris gereist  
ist, nachdem er dem Minister des Auswärtigen, Simons, die  
Einladung zur Londoner Konferenz überreicht hatte, nicht  
mehr nach Berlin zurückkehren. In Berlin weiß man von  
einem Abstieg Laurents noch nichts. „Politiken“ will  
aber erfahren haben, daß bei den letzten Verhandlungen in  
Paris ein scharfer Konflikt ausgebrochen worden ist zwischen  
den französischen Finanzleuten und der französischen In-  
dustrie über die Ausfüllung der Schadenersatzforderungen.  
Die französische Industrie, die darunter mit großem Schaden  
in Verbindung gewesen ist und auch mit anderen deutschen  
Großindustriellen für einen mächtigen französisch-deutschen  
Erfolg eingetreten sein soll, erklärt eine Niederlage. Die  
Finanzpartei siegte und prägte die bekanntgewordenen  
Pariser Beschlüsse. Volkshof Laurent soll der besondere  
Vertrauensmann der industriellen Finanzkreise gewesen  
sein und aus diesem Grunde nicht mehr auf seinen Posten  
zurückkehren.  
Die Meldung der „Politiken“ klingt vorläufig noch recht  
unwahrscheinlich und ist mit großer Vorsicht aufzunehmen.

## Deutscher Dank an Amerika.

Aus Anlaß der Ankunft des ersten Transportes  
amerikanischer Milch für die Reichsarmee am  
7. Februar mit dem Dampfer „West Arrow“ in Bremen  
erklären sich, hat der Ernährungsminister, wie mitgeteilt  
wurde, dem amerikanischen Gesandten durch nachstehendes  
Kabeltelegramm den Dank der Regierung übermittelt:  
„Glückliche Ankunft des ersten Transportes Milch für die  
Reichsarmee, allen Spedern, wie der tatkräftigen  
Unterstützung durch die Daire bei Lösung des schwierigen  
Problems tief empfundenen Dank auszusprechen. Erneut  
erwiesene amerikanische Opferbereitschaft für das durch  
Hungersnot ersehnte deutsche Volk wird in vielen deutschen  
Kreisen aufrichtige Wünsche der Dankbarkeit aus-  
sprechen. Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft,  
gez. Dr. Hermann.“

## Der Spreepäsident.

In einer Nachversammlung der Deutschnationalen  
Volkspartei, die in Berlin stattfand, enthielt der Vize-  
präsident des Deutschnationalen Volksvereins für Berlin. Nach-  
dem er die angelegentlichsten Verdienste der hochzuheben  
in Berlin herausgehoben hatte, sagte er seine Zukunfts-  
erwartungen in den Satz zusammen: „Nach den Wahlen wird  
es Zeit sein, die den Magistrat hinzuzufügen und einen  
Spreepresidenten einzusetzen.“ Der Spreepresident wäre  
das Ende der kommunalen Freiheit und Selbstbestimmung.  
Mehr als ein Jahrhundert hat das Berliner Bürgerium aus  
eigener Kraft keine Stadt aufgebaut, zum großen Teil  
der monarchischen Regierung und der reaktionären  
Bureaucratie zum Trost. Daß die Berliner Gemeinde hätte  
mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, ist gewiß. Aber  
sie können nur überwunden werden, wenn sich das Bürger-  
ium wieder auf sich selbst bezieht und mit dem Stimmzett-  
el in Daleinsicht verfährt. Von diesem Vertrauen auf  
die eigene Kraft weiß der Deutschnationale Herr noch nichts.  
Er sieht die Rettung nur in einem Appell an die Gewalt,  
auch wenn er ganz genau weiß, daß dabei die bürgerliche  
Freiheit zerstört wird.

## Der Rosenmontag der Hofgesellschaft.

In dem monarchistischen, deutschnationalen „Berliner  
Volksboten“ finden wir folgenden Brief-Verkehr:

„München, 8. Februar. In der „Berliner Hof-  
gesellschaft“ haben sich am 7. Februar ein A. u. M. g. g.  
ball von 20 Personen der ehemals in  
Hofgesellschaft, darunter Prinzinnen und Prin-  
zessinnen, mediatisierter Häuser, aufgehoben.  
Die ganze feierliche Gesellschaft mußte zu Fuß zum Ber-  
lin am 7. Februar in ihrer Personalien nach der be-  
nachbarten Hofgesellschaft wandern, wo sie später ent-  
lassen wurde. Der Ball war zur selben Zeit, da in den  
letzten Tagen die Windstille die Festungsgebäude  
gegen das Pariser Beschlusses abgehalten wurden.  
Es genügt uns, diese deutsch-nationale Meldung  
zu registrieren. Sie spricht für sich selbst.“

## Danzig.

Die erregten Auslassungen, die am letzten  
Donnerstag zur Sprengung der Henckes-Ver-  
sammlung des Danziger Volkstages geführt haben,  
wurden in der Volkszeitung am Dienstag fortgesetzt. Es stand  
wieder die Frage zur Erörterung, ob das vom Danziger  
Parlament in Bezugung genommene Generalkommando  
vom Oberkommissar General Helling zu Wohlweden über-  
lassen werden und das Danziger Parlament in ein anderes  
Danzig einziehen soll. Da es in der letzten Sitzung beinahe  
zu Tätlichkeiten gegen den Senator Schimmer gekommen  
war, hatte der Senat erklären soll, er wird wieder  
Mitglieder der Regierung zu den Volksversammlungen des  
Parlament entsenden zu wollen, wenn für deren persönliche  
Sicherheit Gewähr geleistet wird. Die Liste des Senates  
protestierte gegen dieses Verhalten der Regierung und for-  
derte durch Anträge das sofortige Entweichen von Regie-  
rungsvertretern. Da die Anträge von der bürgerlichen  
Mehrheit nicht angenommen, die Kommunisten aber  
nicht demotiviert bei Verhandlungen. Das Danziger  
Volk über die Kumparspielerei des Senats, die die Regierung  
zu Verfügung zu stellen.  
Nach der Schluß der Sitzung wurde von der bürger-  
lichen Parteien unter Abwesenheit der Linken Geheimrat  
Dr. Hoffmann-Berlin zum Senator der Finanzen für die  
freie Stadt Danzig einstimmig gewählt.

## Fortführung der Landesversammlungs- arbeit durch den Ständigen Ausschuss.

In der preussischen Landesversammlung trat am  
Dienstag der Ständige Ausschuss zu seiner ersten Sitzung  
zusammen. Der Ausschuss ist auf Grund des Artikels 26  
der Verfassung beauftragt zur Wahrung der Rechte der Volks-  
vertretung gegenüber dem Staatsministerium für die Zeit  
außerhalb der Tagung und zwischen der Beendigung einer  
Wahlperiode oder der Auflösung des Landtages und dem  
Zulandetreten des neuen Landtages. Als Vorsitzender  
wurde der Präsident der Landesversammlung, Dr. von  
Kries, gewählt. Er wird vertreten durch die drei stellvertretenden  
Präsidenten Dr. von Kries, Dr. von Kries (Dem.), Dr. von  
Kries (Draht). Es ist also die gleiche Zusammenlegung  
wie in der alten Landesversammlung.  
Der Ausschuss nahm zunächst die Notverordnung über  
die Aenderung der Verfassungsordnung auf Grund der Be-  
schlüsse der Volksvertretungskommission an. Ferner wurde ange-  
nommen die Notverordnung über die Notzulassung  
zum Grunde gehalten und die Notzulassung der Staats-  
beamten usw. Die Abgeordneten Schmitt (Dem.) und  
Weiser (Draht) wiesen darauf hin, daß die Zulassung  
für die anderen Klassen zu niedrig bemessen seien. Es  
wurde dem entgegengehalten, daß eine Aenderung nicht  
eintreten könne, da man mit dem Reichstag konform gehen  
müsse.

Ebdem trat der Ausschuss in eine Besprechung ein über  
ein Schreiben des Ministerpräsidenten, betreffend das Zu-  
standekommen der Beschlüsse des Staatsministeriums und  
die Schaffung einer Geschäftsordnung über den  
Geschäftsbetrieb des Staatsministeriums.  
Es handelt sich hier um eine offensibare Entscheidung  
fallung, da zuerst weder eine geschäftliche Bestimmung  
darüber besteht, daß das Staatsministerium seine Beschlüsse  
mit Stimmenmehrheit zu fassen hat, noch darüber, wie im  
Falle der Stimmenungleichheit zu entscheiden ist. Es ist insbe-  
sondere zweifelhaft, ob das Staatsministerium durch Be-  
schluß die Zustimmung im Staatsministerium sowie aus-  
schließliche Fragen des Geschäftsbetriebes regeln kann. Von  
seit dem Zustandekommen der Deutschnationalen der Deutschen  
Volkspartei wurde es als ausschließliche erachtet, dem  
Staatsministerium eine derartige Befugnis zu erteilen.  
Ein Beschluß ist bisher noch nicht gefaßt.

## Gegen das Pariser Diktat

wandte sich folgende Entschließung des Ständigen  
Ausschusses:  
Die unerhörten Forderungen, die dem deutschen Volke  
von den Alliierten in der Weidertumadungsfrage zu-  
gemutet werden, sind den entrüsteten Widerstand aller  
Volkstreffte. Die preussische Volksvertretung schließt sich dem  
im vollen Maße an. Was mit den Weidertumadungsfragen des  
deutschen Volkes vereinbar ist, muß den übereinstimmenden  
Beschlüssen entsprechen, für die Wiederherstellung der





